

## **Datenschutzerklärung zum Hinweisgebermeldesystem der Vogel-Heinrich GbR**

Die nachfolgenden Erklärungen zum Datenschutz sollen Ihnen als hinweisgebende Person erläutern, wie und zu welchem Zweck wir personenbezogene Daten verarbeiten, wenn Sie mit uns in Kontakt treten.

Wir wollen hierdurch datenschutzrechtliche Transparenz schaffen und Ihnen unser Hinweisgebersystem und den Umgang mit eingegangenen Hinweismeldungen, insbesondere die Erfassung und Aufklärung eines Hinweises aus datenschutzrechtlicher Sicht, erläutern.

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen des Hinweisgebersystems nur nach Maßgabe der geltenden datenschutzrechtlichen Vorgaben. Diese ergeben sich insbesondere aus der DSGVO und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).

### **Begriffsbestimmungen**

#### **Personenbezogene Daten**

„Personenbezogene Daten“ sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.

#### **Verarbeitung**

„Verarbeitung“ umfasst jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Ver-änderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung.

## **Verantwortlichkeit**

Verantwortliche für die Verarbeitung Ihrer Daten im Sinne von Art. 4 Nr. 7 DSGVO sind die

Rechtsanwältinnen Claudia Vogel und Dr. Stefanie Heinrich  
Egonstraße 51  
D-79106 Freiburg

Telefon: Tel. +49 (0)761 59 52 10 20

E-Mail: [info@vogel-heinrich.eu](mailto:info@vogel-heinrich.eu)

## **Zweck des Hinweisgebersystems**

Die von uns betriebene Hinweisgebermeldestelle dient dazu, Hinweise zu möglichen straf- und bußgeldbewehrten Verstößen gegen deutsches Recht und auch Verstöße gegen unmittelbar geltende Rechtsakte der Europäischen Union, die vom Hinweisgeberschutzgesetz umfasst sind, vertraulichem Weg entgegenzunehmen und zu bearbeiten. Bitte beachten Sie, dass Sie eine Meldung auch ohne Angabe von personenbezogenen Daten (anonym) abgeben können, wir allerdings nicht von allen Vertragspartnern mandatiert wurden, anonyme Hinweise zu bearbeiten.

Wir verarbeiten Ihre Daten im Rahmen der geltenden Gesetze zu Aufklärungszwecken, namentlich der Prüfung der Plausibilität von Hinweisen und der Aufklärung von Fehlverhalten. Die Verarbeitung Ihrer Daten dient dieser Plausibilitätsprüfung und der damit einhergehenden Aufdeckung und Ahndung von möglichen Straftaten.

Im Rahmen unserer Tätigkeit als Vertrauensanwältinnen stellen wir auch sicher, dass die berechtigten Interessen der von Hinweisen betroffenen oder in Hinweisen genannten Personen („betroffene Personen“) gewahrt werden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten der hinweisgebenden und betroffenen Person(en) im Rahmen des Hinweisgebersystems stützt sich auf das berechnete Interesse der uns beauftragenden Unternehmen und Stiftungen an der Aufdeckung und Prävention von Missständen (Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO iVm. §§ 30, 130 OWiG) und der Verhinderung von Straftaten oder sonstigen Rechtsverstöße, die im Zusammenhang mit einem Beschäftigtenverhältnis stehen (§ 26 Abs. 1 BDSG).

Wir erheben darüber hinaus Daten über die Art der Nutzung unserer Hinweisgebermeldestelle. Diese umfassen die Anzahl der eingegangenen Meldungen und dient der Erhebung statistischen Daten, die nicht personenbezogen sind.

## **Rechtsgrundlage**

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt aufgrund Ihrer freiwilligen Angaben sowie im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben des Hinweisgeberschutzgesetzes, Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a, lit. c DS-GVO.

Im Übrigen verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten als betroffene Person, sofern dies zur Wahrung berechtigter Interessen des Unternehmens bzw. eines Dritten erforderlich ist (Art. 6 Abs. 1 lit. f, lit. c DS-GVO i.V.m. § 130 OWiG). Wir haben ein berechtigtes Interesse an der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zur Prävention und Aufdeckung von Verstößen und Missständen, welche über das Hinweisgebersystem gemeldet werden. Zudem erfolgt die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, soweit dies zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen notwendig ist.

## **Speicherung von personenbezogenen Daten der hinweisgebenden Person und betroffenen Personen**

Die freiwillig an uns übermittelten personenbezogenen Daten können nur die o.g. Rechtsanwältinnen Vogel und Heinrich sowie Sie als hinweisgebende Person selbst einsehen.

Im Rahmen unserer Plausibilitätsprüfung werden personenbezogene Daten in Bezug auf den übermittelten Hinweis erfasst, wie bspw. der Zeitpunkt, der Inhalt und sonstige relevante Umstände in Bezug auf den uns gemeldeten Sachverhalt. Wir werden hierbei gegebenenfalls Informationen über Sie verarbeiten, die Ihre Funktion im Unternehmen, Ihre Berufsbezeichnung, mögliche Vorgesetztenstellung, berufliche E-Mail-Adresse, berufliche Telefonnummer umfassen. Diese Daten können einen Rückschluss auf Ihr Verhalten oder von Ihnen durchgeführte Handlungen zulassen.

Wir sind von unseren Vertragspartnern dazu ermächtigt, im Rahmen unserer Plausibilitätsprüfung auch betrieblich veranlasste Dokumente auszuwerten. Dazu können im Einzelfall Reisekostenabrechnungen, Zeitrückweise bzw. Stundenaufstellungen, Verträge, Leistungsnachweise, Fahrtenbücher oder Rechnungen zählen. Diese Dokumente können auch personenbezogene Daten über Sie enthalten.

Teilweise erfordert die Sachverhaltsaufklärung die Erhebung von personenbezogenen Daten im Sinne von Art. 9 Abs. 1 DSGVO, wie etwa Gesundheitsdaten, Daten über eine mögliche Gewerkschaftszugehörigkeit, biometrische Daten oder Daten über politische oder religiöse Einstellungen. Die Verarbeitung dieser Daten erfolgt nach Maßgabe der datenschutzrechtlichen Vorgaben, insbesondere nach Art. 9 Abs. 2 DSGVO bzw. § 26 Abs. 3 BDSG.

## **Rechte von hinweisgebenden Person und von betroffenen Personen**

Als betroffene Person der Datenverarbeitung haben Sie ein Recht auf Bestätigung, ob zu Ihrer Person bezogene Daten verarbeitet werden und sofern dies zutrifft, das Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie ein Recht auf Berichtigung Ihrer unrichtigen Daten, ein Recht auf Löschung und ein Recht auf Einschränkung (Sperrung) Ihrer Daten. Ob und in welchem Fall diese Rechte bestehen, hängt von gesetzlich definierten Anforderungen ab.

Außerdem können Sie im Falle einer Verarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung erheben (Art. 21 DSGVO).

Sofern Sie die Daten bereitgestellt haben, können Sie die Übertragung der Daten verlangen (Art. 20 DSGVO). Ob und in welchem Umfang diese Rechte im Einzelfall bestehen und unter welchen Bedingungen sie gelten, ist gesetzlich in den benannten Normen festgelegt.

Um von Ihren Rechten Gebrauch zu machen, können Sie uns über die o.g. Kontaktdaten erreichen. Zu den Betroffenenrechten zählen insbesondere:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO);
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO);
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO);
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO);
- Recht auf Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde.

## **Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an unseren Vertragspartner**

Unsere Plausibilitätsprüfung umfasst auch eine Prüfung, ob Ihre Meldung ein Fehlverhalten betrifft, das einem unserer Vertragspartner zuzuordnen ist. Die Unternehmen haben uns beauftragt, als Vertrauensanwältinnen Hinweise, die vom Anwendungsbereich des Hinweisgeberschutzgesetzes umfasst sind, entgegenzunehmen. Als Rechtsanwältinnen unterliegen wir der anwaltlichen Schweigepflicht und können Ihnen als Hinweisgeber Vertraulichkeit und, sofern von unseren Auftraggebern die Bearbeitung von anonymen Hinweisen gewünscht wird, Anonymität zusichern.

Wir weisen darauf hin, dass eine Offenlegung und Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten uns grundsätzlich nur gestattet ist, wenn Sie als hinweisgebende Person diese ausdrücklich in schriftlicher Form genehmigen.

Beruhet die Verarbeitung und Weitergabe Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung i.S.d. Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO, können Sie diese jederzeit für die Zukunft widerrufen (Art. 7 Abs. 3 DSGVO).

### **Löschung und Änderung**

Wir bewahren Ihre personenbezogenen Daten so lange auf, wie dies zur Aufklärung und abschließende Beurteilung des gemeldeten Sachverhaltes erforderlich ist (Art. 17 DSGVO). Nach Abschluss der Hinweisbearbeitung werden diese Daten entsprechend den gesetzlichen Vorgaben gelöscht, wenn sie für die in dieser Datenschutzhinweise genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind.

Die für Rechtsanwälte geltenden gesetzliche Aufbewahrungsvorschriften oder berechnete Interessen unseres Vertragspartners können jedoch eine längere Aufbewahrung Ihrer Daten rechtfertigen. Hierzu zählen insbesondere Rechtsstreitigkeiten, die das Ergebnis möglicher Folgemaßnahmen sind.